

Schweiz

## Fortschritte beim E-Government?

**[20.03.2013] Zum Status quo des E-Government in der Schweiz liegen zwei aktuelle Erhebungen vor: Während der eEconomy Report eine positive Entwicklung feststellt, moniert ein Bericht des Forschungsinstituts gfs.bern auf kantonaler Ebene einen Nachholbedarf bei der Bereitstellung elektronischer Services.**

Das Institut für Wirtschaftsstudien Basel hat im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO zum zweiten Mal die eEconomy in der Schweiz analysiert. Dabei wurden Einsatz und Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in verschiedenen Wirtschafts- und Verwaltungsbereichen erfasst. Wie das SECO mitteilt, konstatiert der eEconomy Report für den Bereich E-Government eine positive Entwicklung. Demnach habe das Angebot an elektronischen Behördendiensten in der Schweiz in den vergangenen Jahren auf allen Ebenen – Bund, Kantonen und Gemeinden – deutlich zugenommen. Der Rückstand auf andere europäische Länder sei klein bis inexistent geworden. Gemessen an der Nutzung von E-Government durch die Bevölkerung scheine die Schweiz nun sogar eher überdurchschnittlich positioniert zu sein. Eine wichtige Grundlage für noch effizientere inner- und zwischenbehördliche Kontakte dürfte laut dem Monitoring-Bericht mit der „Cloud-Computing-Strategie der Schweizer Behörden“ gelegt worden sein. Die nach 2011 zum zweiten Mal durchgeführte Studie „E-Government in den Kantonen“ des Forschungsinstituts gfs.bern im Auftrag der Geschäftsstelle E-Government Schweiz beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) kommt hingegen zu einem weniger positiven Ergebnis. Sie bescheinigt den kantonalen Verwaltungen Nachholbedarf bei der Bereitstellung von E-Government-Services für Bürger und Unternehmen. Spitzenreiter sei der Kanton St. Gallen: Hier steht immerhin jede zweite Behördendienstleistung auch elektronisch zur Verfügung. Zwölf der insgesamt 26 Schweizer Kantone bieten jedoch weniger als ein Zehntel ihrer Dienstleistungen als Online-Transaktion an, der Landesdurchschnitt liegt bei 15 Prozent. In den Kantonen Basel-Landschaft und Schwyz müssen Bürger sogar zwingend aufs Amt, wenn sie eine Dienstleistung beziehen wollen: Für beide Kantone weist die Erhebung Prozent verfügbare Online-Transaktionen aus.

(bs)

[eEconomy in der Schweiz zum Download \(PDF; 1,1 MB\)](#)

Stichwörter: Panorama, Schweiz, International, gfs.bern, Studie